

Unter dem Bürgertum herrscht über unsere Ziele allgemein das Missverständnis vor, dass wir alles durch den Staat regeln, eine Art allgemeine Staatsklaverei einführen wollen. Unwissenheit allein erklärt nicht, weshalb gerade diese und nicht eine andere verkehrte Vorstellung so verbreitet ist. Die Erklärung liegt vor Allem in dem Charakter der von uns, wie auch von bürgerlichen Reformern geforderten Arbeiterschutzgesetze.

Wenn der Kapitalismus noch jung und die Arbeiterbewegung noch schwach ist, sind die Arbeiter nicht im Stande, der Willkür der Unternehmer aus eigener Kraft entgegenzutreten. Schutzlos sind sie der Profitgier der Kapitalisten preisgegeben, die ihre Lebenskraft durch intensive Ausbeutung zerrütten. Da soll der Staat eingreifen denn nur der Staat ist mächtig genug, diesen Herren Rücksicht auf Leben und Gesundheit der Arbeiter aufzuzwingen. Wir fordern also, als Vertreter der Arbeiterklasse eine kräftige Arbeiterschutzgesetzgebung, die vor dem Unternehmerinteresse nicht haltmacht, sondern strenge und rücksichtslos durchgeführt wird.

Dem Unternehmer erscheint diese staatliche Einmischung in seinen Betrieb als eine lästige Polizeischikane. Was brauchen sich die Behörden darum zu kümmern, was freie Bürger mit einander vereinbaren? Was sollen Gesetzgeber und Inspektoren, die von der Praxis nichts verstehen, ihre Nase in sein Geschäft stecken? In dieser Lage erscheint der Kampf zwischen Kapitalisten- und Arbeiterinteressen als ein Kampf zwischen den Prinzipien der unbeschränkten Bürgerfreiheit und der staatlichen Einmischung, die dann als Prinzipien des Liberalismus oder Individualismus und des Sozialismus bezeichnet werden. Die Sozialdemokraten als die Vertreter der Arbeiterinteressen erscheinen hier als die unentwegtesten Verfechter der staatlichen Bevormundung. Kein Wunder, dass sich in den Köpfen der Bourgeoisie die Idee festsetzt, dass im sozialistischen Zukunftsstaat alles staatlich-polizeilich geregelt und alle Freiheit verschwunden sein wird.

Diese Auffassung wird noch dadurch gefördert, dass der bekehrte Philister keinen Unterschied zwischen den Sozialdemokraten und den bürgerlichen Reformern und Staatssozialisten zu machen weiss, die die Staatseinmischung zum wirklichen Prinzip erheben. Diese betrachten den Staat als ein über den Klassen und Parteien schwebendes, mit höherer Macht und höherer Weisheit begabtes Gebilde. Der Staat braucht sich nur auf seine Pflicht, die Armen und Schwachen zu schützen, zu besinnen, sich nur durch Gerechtigkeit und Menschenliebe leiten zu lassen, und alle gesellschaftlichen Uebel werden verschwinden. Ein ähnlicher Gedankengang wird auch oft innerhalb unserer eigenen Reihen ausgesprochen. Der demokratische Staat habe die Aufgabe, Gesetze zur Herstellung sozialer Gerechtigkeit zunerlassen; durch solche Gesetze werde dann allmählig die bessere Gesellschaftsordnung, der Sozialismus aufgebaut. Wenn von dieser Seite jedes Arbeiterschutzgesetz als ein Stück Sozialismus hingestellt wird, ist es begreiflich, dass umgekehrt daraus der Schluss gefolgert wird, die sozialistische Regelung der Gesellschaft bestehe aus einer Unmasse in das menschliche Leben eingreifender und freiheitsbeschränkender Gesetze.

Bei solchen Anschauungen wird vergessen, dass, was für die heutige Gesellschaft nötig ist, gar keinen Massstab für die künftige Ordnung abgeben kann. Jetzt, wo die Arbeiter Objekte kapitalistischer Ausbeutung sind, gilt es die Ausbeutung möglichst einzudämmen. Aber mit der Ausbeutung selbst verschwindet diese Notwendigkeit vollkommen. Wenn keine Profitgier mehr da ist, die die Arbeiter zur gesundheitschädlichen Ueberarbeit zwingen könnte, ist kein Verbot solcher Ueberarbeit mehr nötig. Unsere Forderungen für die Gegenwart sind keine Ausflüsse irgend eines sozialistischen Prinzips, sondern Ausflüsse des Klasseninteresses des Proletariats unter dem Kapitalismus.

Die Auffassung des Staates als eines über den Menschen stehendes Vormundes, der alles zum Besten für uns regeln soll, ist gerade so unrichtig und unsozialistisch, wie die entgegengesetzte, von den Anarchisten verfochtene Ansicht, dass der Staat wie ein böser Dämon durch seine freiheitsbedrückende Herrschaft alles freie, sich sonst natürlich entwickelnde Leben tötet. Beide Auffassungen treffen praktisch soweit zu, als sie der Erfahrung entnommen sind, aber ihre theoretische Grundlage ist falsch. Der Staat schwebt

nicht über der Gesellschaft, sondern ist selbst ein blosses Klasseninstitut. Wer von einer Pflicht des Staates, die Schwachen zu schützen, redet, könnte gerade so gut von einer sittlichen Pflicht des Kapitalisten reden, seinen Arbeitern ein sorgender Vater zu sein. Der Staat ist seiner Natur und Mission nach weder gut noch böse, sondern einfach Klassenstaat; er wirkt bald Böses, bald Gutes je nachdem es im Interesse der herrschenden Klasse liegt. Seine Arbeiterschutzgesetze, durch die er ~~die~~ der Unzufriedenheit der Arbeiterschaft vorbeugen will, entspringen gerade so gut diesem Interesse, wie seine ~~Maassnahmen~~ zur Unterdrückung der Arbeiterbewegung.

Im Laufe der Entwicklung ändert sich jedoch seine am Meisten hervortretende Seite. Solange die Arbeiterbewegung schwach ist und die Arbeiter den Unternehmern gegenüber noch machtlos erscheinen, wird Arbeiterschutz nicht nur von den Vertretern der Arbeiter selbst, sondern auch von einsichtigen Mitgliedern der Bourgeoisie gefordert. Da kann die Illusion der sozialen Mission des Staates leicht aufkommen. Je mehr sich jedoch die Arbeiter organisieren, sich aus eigener Kraft emporringen, den Unternehmern Zugeständnisse abzwängen, und den Kapitalismus selbst bedrohen, um so mehr tritt der unterdrückende Charakter des Staates hervor. Die Arbeiter bauen in zäher Arbeit Kampfes- und andere Organisationen auf, Gewerkschaften, Genossenschaften, bildungsinstitute; aber je mehr sie auf diesem Gebiete der Selbsthilfe leisten, um so mehr wird der Staat zum boshafte Unterdrücker, der alles selbständige, emporstrebende Leben zu töten versucht.

Die Bedeutung dieses selbständigen Schaffens der Arbeiterklasse ist oft übermässig gefeiert worden; nicht als Vergrösserung der Kampfestüchtigkeit des Proletariats, denn darin liegt seine wirkliche grosse Bedeutung, sondern als sei dies eigentlich schon der Aufbau des Sozialismus. Sogar wurde neulich daneben die Eroberung der Staatsgewalt als bedeutungslose Nebensache hingestellt. Was aber jetzt von den Arbeitern geschaffen wird - wie bewunderenswert wenn man die schwierigen Verhältnisse und die zu besiegenden Widerstände beachtet - ist dennoch fast ein Nichts, wenn man es mit dem wirklichen Aufbau des Sozialismus, mit der Organisation der Weltproduktion vergleicht, die uns nachher als Aufgabe zufällt. Es ähnelt den kümmerlichen Sprossen, die eine von einem schweren Stein gedrückte Pflanze treibt, Erst, wenn dieser Stein abgewälzt wird, kann sie zu einem mächtigen Baum emporschiessen, Blüten und Früchte tragen. Unsere Aufgabe ist also vor Allem, diesen Stein abzuwälzen, die Staatsgewalt der Bourgeoisie, die das neue Leben am Emporwachsen hindert, zu beseitigen.

Die Eroberung der Staatsgewalt hat also noch mehr eine negative als eine positive Bedeutung. Wir wollen damit nicht eine alles neu regelnde Macht schaffen - wenn wir auch wissen, dass neben kommunalen, gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Verbänden staatliche und sogar internationale Organe eine wichtige Rolle bei der Neuordnung der Gesellschaft spielen werden - sondern wir wollen vor allem eine alles hemmende und tötende Macht vernichten. Kein allesbeherrschender Staat, wie unsere Gegner phantasieren, sondern eine freie Arbeitsgemeinschaft wird das Ergebnis unseres Sieges sein.